

# Hilfe in Not

## Ein Beitrag über die politischen Spannungsfelder der humanitären Hilfe

Romain  
Schroeder

*Trincomalee, Sri Lanka, Dezember 2004: Innerhalb weniger Stunden zerstörten Flutwellen die Lebensgrundlage hunderttausender Küsteneinwohner. Über 30 000 Menschen kamen ums Leben und mehr als eine halbe Million Menschen hatten kein Dach mehr über dem Kopf. In dieser Situation war es Vielen unmöglich, ihre Not selbst zu überwinden – Hilfe von außen war nötig. Innerhalb von Stunden wurde dieses Hilfsbedürfnis beantwortet, innerhalb von Stunden machten sich im In- und Ausland humanitäre Akteure auf den Weg ins Krisengebiet. Dort verteilten die Helferinnen und Helfer Nahrungsmittel, Trinkwasser, Medikamente und Kleidung und kümmerten sich um die Verletzten. Der Wiederaufbau der Häuser und die Wiederherstellung zerstörter Lebensgrundlagen sind in vollem Gange.*



© Caritas Luxembourg

In den Tagen nach dem Tsunami waren sich so viele Menschen wie selten zuvor einig, dass es einfach richtig ist, die Betroffenen zu unterstützen. Selten zuvor wurden sich allerdings auch so viele Menschen bewusst, wie komplex und schwierig humanitäre Hilfe sein kann: Mit dem Anschwellen der Hilfsströme mehrten sich die Berichte über

angebliche Koordinationslücken, über Instrumentalisierungsversuche seitens der Bürgerkriegsparteien oder über unerwünschte Nebeneffekte der humanitären Hilfe.

### **Unerwünschte Nebeneffekte humanitärer Hilfe**

In Trincomalee haben die massive Präsenz internationaler Hilfswerke und der gestiegene Bedarf an Unterkünften, Transport oder sonstigen Dienstleistungen zu einem merklichen Anstieg der lokalen Preise geführt. Mieten und Transportkosten sind in die Höhe geschossen, die lokalen Lebenserhaltungskosten gestiegen. Vor allem die lokale Bevölkerung spürt die Konsequenzen einer solchen Entwicklung. Angelockt von den im Vergleich zum lokalen Lohnniveau außergewöhnlich hohen Gehältern verlassen viele qualifizierte Angestellte ihre angestammten Arbeitsplätze um bei internationalen Hilfswerken als Projektmitarbeiter, Übersetzer oder Administrativkraft zu arbeiten. Die lokale Wirtschaft droht gerade

*Romain Schroeder ist Projektverantwortlicher für die Regionen Asien und Naher/Mittlerer Osten bei Caritas Luxembourg. Er ist Mitautor der von Caritas Luxembourg und Caritas Schweiz herausgegebenen Veröffentlichung Hilfe in Not. Politische Spannungsfelder der humanitären Hilfe.*

jene qualifizierten Arbeitskräfte zu verlieren, die für ihre Entwicklung so wichtig gewesen wären. Solche unerwünschte Nebeneffekte der humanitären Hilfe sind zwar vorhersehbar – aber leider unvermeidbar.

Andere ungewollte Nebeneffekte können unter Umständen weit gravierendere Folgen haben. 1994 etwa nutzten die angeschlagenen Hutu-Milizen, die zuvor noch im benachbarten Ruanda einen Völkermord begangen hatten und mit dem Vormarsch der Tutsi-Verbände nun selbst zu Kriegsvertriebenen geworden waren, die Flüchtlingslager im benachbarten Kongo, um unterzutauchen, sich zu reorganisieren, Kräfte zu sammeln und von Neuem loszuschlagen. Dank der Hilfsaktionen war es den hungernden und verletzten Kämpfern möglich, wieder zu den Waffen zu greifen: Sie übernahmen die Kontrolle über einige Flüchtlingslager und bestimmten dort über die Verteilung von Hilfsgütern. In den Camps konnten sie neue Milizionäre anwerben und – reorganisiert und gestärkt – neue Überfälle in Ruanda starten. Humanitäre Hilfe hat gegen ihren Willen und trotz aller gegenteiligen Bemühungen zur Verlängerung des Konfliktes beigetragen.

Wie sorgfältig humanitäre Hilfsaktionen auch geplant sein mögen, beide Beispiele verdeutlichen, dass sich nicht immer alle schädlichen Nebeneffekte vermeiden lassen. Hilfswerke geraten in die Zwickmühle: Sollen sie in einer Kriegssituation mit humanitärer Hilfe fortfahren, wenn so nachweislich Kriegsparteien genährt und die Kämpfe verlängert werden? Wenn nein, dürfen sie überhaupt auf notlindernde Hilfe verzichten wenn damit langfristige Schäden verhindert werden können? Oder sind humanitäre Akteure zur Hilfe verpflichtet wo und wann immer sie Not antreffen?

### Soldaten als humanitäre Helfer

*Kaschmir, Pakistan, Oktober 2005: Ein Erdbeben mit der Stärke 7,6 auf der Richterskala erschütterte die Region und ließ über 70 000 Opfer, 2,5 Millionen Obdachlose und eine zerstörte Infrastruktur zurück. Die Helikopter des pakistanischen Militärs erreichten als erste jene Menschen, die in den abgeschnittenen Dörfern leben. Ihre Unterstützung ermöglichte zu diesem Zeitpunkt die dringend benötigte Versorgung mit Zelten, Lebensmitteln und Medikamenten.*

*Mazar-e-Sharif, Afghanistan, November 2001: "This is a food gift from the people of the United States of America". Mit diesem Satz waren jene gelben Lebensmittelpakete gekennzeichnet, welche die US-Armee aus ihren C-17 Frachtflugzeugen warf. Das US-Verteidigungsministerium hatte es später als „unglücklich“ bezeichnet, dass diese Hilfspakete dieselbe gelbe Farbe hatten als die in den Streubomben enthaltenen Sprengsätze. US-Flugzeuge hätten jedoch auch Handzettel abgeworfen, auf denen erklärt werde, wie die todbringenden Sprengsätze von den lebensrettenden*

*Hilfspaketen zu unterscheiden wären, so der damalige Generalstabschef Richard Myers. Humanitäre Hilfsorganisationen waren empört über die Vorgehensweise der US-Armee und besorgt über die Zukunft ihres Engagements in Afghanistan.*

Beide Beispiele verdeutlichen, dass humanitäres Engagement von Militärverbänden *a priori* weder verwerflich noch unproblematisch ist. Die Beziehung zwischen Militärs und humanitären Helfern ist facettenreich und umstritten – vor allem in Konfliktgebieten. In den heutigen Kriegsgebieten operieren humanitäre Helfer und Militärs häufig auf dem gleichen Terrain und die Frage nach der Art ihrer Koexistenz bedarf einer Antwort.

Gründe für die Annäherung zwischen Militärs und zivilen Helfern gibt es mehrere. Einerseits sahen sich humanitäre Helfer immer öfters gezwungen, den Schutz von Bewaffneten, von „wohlgesinnten“ Militärs, zu suchen, um überhaupt in den seit dem Ende des Kalten Krieges gefährlicher gewordenen Konfliktgebieten arbeiten zu können. Andererseits führte die Neuausrichtung westlicher Armeen dazu, dass humanitäre Hilfe in den Aufgabenkanon der Truppen aufgenommen wurde. Der 11. September 2001 und die gestärkte Erkenntnis, den neuen globalen Gefahren nicht mehr mit der klassischen Territorialverteidigung an den eigenen Landesgrenzen beikommen zu können, hat zur Konsequenz, dass westliche Armeen vermehrt in der Fremde, in Unruhegebieten im Süden zum Einsatz kommen. Wollen Soldaten im Rahmen solcher *Peace Enforcement* oder *Peace Keeping* Missionen Frieden stiften, die Ordnung aufrecht erhalten oder Terroristen fangen, müssen sie nicht nur Waffen bedienen können, sondern vor allem auch als Freund und Helfer der lokalen Bevölkerung angesehen werden. Die unter dem Banner der Friedenssicherung, Terrorbekämpfung oder gar Humanität entsandten Truppen dürfen von der lokalen Bevölkerung keinesfalls als fremde Besatzer angesehen werden. Indem sie Nothilfe leisten, Flüchtlingslager errichten, Schulen, Krankenhäuser oder Brunnen instand setzen, gewinnen sie die *Hearts and Minds* der lokalen Bevölkerung, gewinnen Vertrauen und Wohlwollen. Die Risiken für die Soldaten werden reduziert und die Chancen, ihre anvisierten militärischen und politischen Ziele zu erreichen, steigen.

### Kohärentes Krisenmanagement

Viele reden einer Verknüpfung militärischer und humanitärer Aktivitäten auch das Wort im Namen eines kohärenten und integrierten Krisenmanagements. Um die in den so genannten *complex emergencies* vorgefundenen humanitären, militärischen und politischen Probleme gleichzeitig und gesamt haft anzugehen, sollen Soldaten nicht nur als Friedensstifter, sondern auch als humanitäre Helfer auftreten. Zu diesem Zweck können europäische Militärverbände – gemäß der gemeinsamen euro-

**Zivile humanitäre Akteure bewegen sich demnach in einem Spannungsfeld: Der kurzfristige humanitäre Nutzen einer militärisch-zivilen Zusammenarbeit steht dem Risiko gegenüber, seine Position als unparteilicher und unabhängiger Akteur zu verlieren und langfristig nicht mehr in der Lage zu sein, überhaupt Hilfe zu leisten.**



© Caritas Luxembourg

päischen Sicherheits- und Außenpolitik sowie die gemeinsamen Verteidigungspolitik – zur Erfüllung so genannter „Petersberg-Missionen“ beordert werden. Diese 1992 definierten Aufgaben beinhalten Rettungseinsätze, friedenserhaltende Missionen, Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedenschaffender Maßnahmen und humanitäre Hilfe.

Die Suche nach einer neuen Existenzberechtigung mag ein zusätzlicher Grund sein für das Eindringen des Militärs in das humanitäre Arbeitsfeld. Nach 1989 gerieten viele westliche Armeen in Legitimationsnotstand: Weshalb Milliardenbudgets für die Verteidigung ausgeben wenn es keinen Feind mehr gab? Angesichts ihrer spezifischen logistischen und technischen Fähigkeiten – kaum jemand kann so schnell tonnenweise Hilfslieferungen einfliegen, Zeltlager errichten und Brücken oder Straßen wieder instand setzen – lag es nahe, sich die neue Rechtfertigung in der Erfüllung humanitärer Missionen zu suchen.

Gerade aufgrund dieser spezifischen Fähigkeiten kann ein humanitäres Engagement des Militärs bei Naturkatastrophen ohne Konflikthintergrund sehr sinnvoll sein. In Kontexten ist ein solches Engagement allerdings weitaus heikler und sieht sich schwerer Kritik ausgesetzt. Dabei handelt es sich keineswegs um eine aus einer pazifistischen Grundhaltung rührenden Ablehnung jeglichen militärischen Einsatzes, sondern um fundierte Kritik an den humanitären Aktionen des Militärs und deren Konsequenzen.

Vor allem NGO-Kreise kritisieren oft, die vom Militär geleistete humanitäre Arbeit sei uneffizient, unter Umständen gar kontraproduktiv. Im Unterschied zu professionellen Hilfswerken mangle es ihnen oft an Verständnis für die lokalen Umstände, die Bedürfnisse und die spezifischen Gefahren humanitärer Hilfe. Mit dem Eindringen ins humanitäre Feld verlasse das Militär sein Kompetenzgebiet und mit seinen kurzfristigen und zum Teil kurzfristigen Aktionen könne es – so zahlreiche Kritiker – mehr Schaden anrichten als Nutzen.

### Gefahr für das gesamte humanitäre Unterfangen

Humanitäres Engagement von Militärverbänden diskreditiert aber nicht nur die zivilen Akteure, sondern das gesamte humanitäre Unterfangen. Dieses Unterfangen beruht auf der Unterscheidung zwischen neutralen, unparteilichen, unabhängigen zivilen Helfern und politisch geleiteten und uniformierten Soldaten. Wenn diese Trennlinie verschwimmt, kann humanitäre Hilfe langfristig unmöglich werden. Kann die betroffene Bevölkerung nicht mehr sicher sein, dass die Helfer unparteilich und unabhängig sind und besteht der Verdacht, dass es den zivilen oder militärischen Hel-

fern aus der Fremde eher um das Erreichen politischer oder militärischer Ziele geht als um die reine Notlinderung, so verlieren humanitäre Akteure jene Glaubwürdigkeit und Akzeptanz ohne die humanitäre Arbeit unmöglich wird. Humanitäre Helfer drohen in den Augen der Kriegsparteien als politisch motivierte Konfliktpartei zu gelten. Ihre Unterkünfte, Nahrungsmittellager Verteilstellen – und damit indirekt auch die Begünstigten – drohen zum legitimen Angriffsziel zu werden.

Zurecht wenden nun viele Befürworter einer militärisch-humanitären Zusammenarbeit ein, hungern, frierenden oder flüchtenden Menschen sei es egal von wem sie Nahrungsmittel, Decken oder Zelte erhielten – Hauptsache ihre Not wird gelindert. Lehnt man ein humanitäres Engagement des Militärs ab, nimmt man den Tod unschuldiger Menschen in Kauf. Zivile humanitäre Akteure bewegen sich demnach in einem Spannungsfeld: Der kurzfristige humanitäre Nutzen einer militärisch-zivilen Zusammenarbeit steht dem Risiko gegenüber, seine Position als unparteilicher und unabhängiger Akteur zu verlieren und langfristig nicht mehr in der Lage zu sein, überhaupt Hilfe zu leisten. Wie sollen sich in Konfliktgebieten tätige zivile Hilfsorganisationen demnach gegenüber „wohlgesinnten“ Militärs verhalten? Sollen sie deren spezifischen Sicherheits- oder Logistikfähigkeiten nutzen, um Menschen helfen zu können oder sollen sie aus Unparteilichkeits- und Glaubwürdigkeitsgründen darauf verzichten und den unmittelbaren Tod unschuldiger Menschen unter Umständen in Kauf nehmen?

### „Humanitäre Militärinterventionen“

*Kigali, Ruanda, April 1994: Soldaten, Polizisten und gewöhnliche Bürger der Hutu-Mehrheit machten sich daran, ihre ehemaligen Nachbarn und Freunde, die sie nun der Feindschaft bezichtigten, in Schulen, Kirchen, Spitälern oder Dorfzentren zusammenzutreiben und zu erschlagen. Den Außenministerien, Geheimdienst- und Militärzentralen in Washington, London, Brüssel oder Paris lagen bereits vor den ersten Tötungsaktionen Informationen über den geplanten Genozid vor. Die Entscheidungsträger entschlossen sich allerdings, die Signale zu ignorieren und sich aus der Verantwortung zu ziehen. Das unter den Augen der Weltöffentlichkeit stattfindende Morden, Vergewaltigen und Verstümmeln kostete mehr als eine halbe Million Menschen das Leben.*

Ruanda wurde so für viele zum Symbol der Machtlosigkeit von Gewaltverzicht angesichts menschenverachtender Regime. Viele schlussfolgerten, dass in bestimmten Situationen nur noch mit Gewalt gegen solche Regierungen vorgegangen werden kann und ziehen Ruanda immer wieder als Argument für militärische Interventionen heran. Doch auch wenn kaum jemand bestreitet, dass im April 1994 nur ein entschlossenes militärisches Eingreifen Hunderttausende vor dem

Tod hätte retten können, heißt das nicht, dass alle Kommentatoren zu Verfechter solcher Interventionen werden.

So wehren sich zivile humanitäre Akteure gegen den Begriff der „humanitären Militärintervention“ und sehen darin eine gefährliche konzeptuelle Vermischung. Im Gegensatz zu Militärinterventionen ist humanitäres Handeln naturgemäß apolitisch und hat einzig und allein die Linderung menschlicher Not zum Ziel. Durch die Vermischung beider Ansätze erodiert das Konzept der „humanitären Militärintervention“ den Humanitätsbegriff und führt sowohl humanitäre Akteure als auch das Militär in die Bredouille. Erstere verlieren aufgrund der Militarisierung und Politisierung des Humanitären die Aura des neutralen, unparteilichen und unpolitischen Helfers. Letztere stehen vor der unlösbaren Aufgabe, eine reine, „humanitäre“ Weste zu behalten inmitten kriegerischer Kampfhandlungen.

Kritiker monieren ebenfalls, dass „humanitäre Militärinterventionen“ zuweilen mehr Schaden anrichten als Nutzen. Vergangene Erfahrungen haben gezeigt, dass solche Armeeeingriffe oft zu spät eingeleitet, schlecht geplant und nur halbherzig durchgeführt werden. Zudem hat es oft an einem klaren Mandat, der nötigen Ausrüstung oder personellen Ressourcen gemangelt. Gerade der Militäreinsatz in Somalia 1992/93 zeigte, dass eine Intervention zwar kurzfristig humanitäre Ziele erreichen, das Eingreifen fremder Truppen aber oft herrschende Konflikte anheizen oder zu einer Verhärtung der Fronten führen kann. Der Widerwille der Industrienationen, ihre Soldaten humanitärer Gründe wegen Gefahren auszusetzen oder sterben zu lassen, lässt die Gesamtbilanz des humanitär begründeten militärischen Interventionismus noch schlechter ausfallen. Um die eigenen Truppen zu schützen, sind westliche Eingreiftruppen in den 90er Jahren vermehrt dazu übergegangen, den Feind aus großer Höhe und Entfernung mit Bomben oder Raketen anzugreifen. Die Folge ist, dass neben feindlichen Soldaten auch viele Zivilisten und nichtmilitärische Infrastruktur von den Angriffen betroffen sind.

### „Verantwortung zum Beschützen“?

Vor allem Regierungsvertreter kleinerer, schwächerer Staaten betrachten „humanitäre Militärinterventionen“ als trojanisches Pferd mit dem das alte imperiale Instrument der Auslandsintervention wieder in den Kanon der legitimen Politikmittel eingereiht wird. Darüber hinaus untergraben sie nicht nur das Prinzip der Nicht-Einmischung und der Souveränität von Staaten, sondern weichen auch das völkerrechtliche Verbot von Angriffskriegen auf. Die Bedeutung und Sinnhaftigkeit des klassischen Souveränitätsprinzips wird allerdings auch zunehmend in Frage gestellt. Zum einen wird die absolute Geltung des Souveränitäts-

prinzips bestritten. Das internationale Recht, die Interdependenz der modernen Weltwirtschaft, der Zusammenbruch so genannter *failed states* oder der transnationale Charakter der Bedrohungen zeige, dass die Souveränität stets nur partiell sein könne und längst einem Regime gegenseitigen Einflusses gewichen sei. Zum anderen deuten Menschenrechtsverfechter den Souveränitätsbegriff um und ordnen ihn der Menschenrechtslogik unter. UNO-Generalsekretär Kofi Annan oder die von Kanada eingesetzte International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS) definieren Souveränität als „Verantwortung zum Beschützen“: Das Prinzip der Souveränität verpflichte den Staat, auf seinem Territorium „zum Rechten zu sehen“. Dulde oder verursache der Staat Menschenrechtsverletzungen auf seinem Gebiet, so falle die Verantwortung – der Menschen und der internationalen Ordnung wegen – auf die Weltgemeinschaft zurück. Die Frage, unter welchen Umständen sich die Weltgemeinschaft berechtigt oder gar verpflichtet fühlen sollte, eine Intervention zu starten, bleibt aber auch hier unbeantwortet. Was dem einen als zwingender Grund für eine Intervention gilt, ist für andere eine fadenscheinige Ausrede zur Kaschierung ungerechtfertigter Einmischung.

Der letzte Kritikpunkt an „humanitären Militärinterventionen“ betrifft die Legitimität und Glaubwürdigkeit solcher Angriffe. Die bisherige Interventionspraxis zeige, so der Einwand, dass – aller humanitären Rhetorik zum Trotz – nur dort eingegriffen werde, wo sich die humanitären Bedürfnisse notleidender Menschen mit den egoistischen politischen oder wirtschaftlichen Interessen der Interventionsmächte decken. Ohne diese Überschneidung könne die Not noch so groß sein, zu einer Intervention komme es nicht.

Die politischen Entscheidungsträger sehen sich angesichts dieser Fragen vor einer schwierigen Gradwanderung: Muss die Welt untätig zusehen wie menschenverachtende Regime Völkermorde begehen oder ist sie moralisch dazu verpflichtet, dem Morden ein Ende zu setzen und militärisch einzugreifen – wohlwissend um die Risiken, die eine solche Intervention mit sich bringt? Humanitäre Organisationen befinden sich durch ihren Einsatz für Werte wie Menschlichkeit, Solidarität, Gewaltlosigkeit im gleichen Spannungsfeld. Ob sie sich nun für oder gegen eine Militärintervention aussprechen, einer der konstitutiven Werte des Humanitarismus droht verletzt zu werden.

### Politisierung der humanitären Hilfe

*Kabul, Afghanistan, Juli 1997: Unmittelbar nach ihrer Machtübernahme forderten die Taliban die im Land arbeitenden Hilfsorganisationen auf, die humanitären Programme ihrer Ideologie anzupassen, allen weiblichen Angestellten die Arbeit zu verbieten und bei der Verteilung der Hilfsgüter eine systematische*

---

**Muss die Welt untätig zusehen wie menschenverachtende Regime Völkermorde begehen oder ist sie moralisch dazu verpflichtet, dem Morden ein Ende zu setzen und militärisch einzugreifen – wohlwissend um die Risiken, die eine solche Intervention mit sich bringt?**

---

*Diskriminierung von Frauen und Mädchen hinzunehmen. Vor die Wahl gestellt, ihre Hilfsaktivitäten unter diesen Bedingungen fortzuführen oder ab sofort alle Programme einzustellen und abzureisen, entschlossen sich beinahe alle Organisationen, ihre Aktivitäten zu suspendieren. Einzig das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) entschied sich, den Forderungen der Taliban nachzugeben und seine Hilfsprogramme aufrecht zu erhalten. Ein Rückzug kam für sie nicht in Frage, verbaue man sich dadurch doch die letzte Chance, hungernden und verletzten Menschen helfen zu können.*

Dieses Beispiel zeigt deutlich, dass die Frage nach den Aufgaben der humanitären Organisationen vor Ort wahrnehmen sollten, unter den Hilfswerken selbst kontrovers diskutiert wird. Menschenrechtsarbeit und humanitäre Hilfe – beides Anliegen, die auf den ersten Blick leicht zu vereinbaren scheinen – sind nicht immer problemlos unter einen Hut zu bringen. Im Umgang mit diesem Spannungsfeld lassen sich zwei Extrempositionen ausmachen die das Spektrum der vertretenen Meinungen abstecken. Einerseits die Vertreter eines „puristischen“ Ansatzes die ihre Aufgabe ausschließlich in der unmittelbaren Hilfe an Notleidende sehen. Andererseits die Protagonisten des so genannten *New Humanitarianism*, die humanitäre Hilfe als eines von vielen Elementen eines umfassenden politischen Kampfes für bessere Lebensbedingungen und gerechtere Gesellschaftsstrukturen sehen.

„Puristen“ tun Menschenrechts-, Friedensförderungs- oder Entwicklungsbestrebungen keineswegs als unwirksam oder unnötig ab. Vielmehr erachten sie die Verbindung von humanitärem Engagement und politischen Aktivitäten als sehr gefährlich. Involvierte Parteien gestehen humanitären Helfern den Status des Unparteiischen, des „harmlosen“ Außenstehenden zu und verlangen im Gegenzug, dass die Helfer sich strikt neutral und unparteilich verhalten. Der Bruch dieses Deals hat zur Konsequenz, dass humanitären Helfern der Zugang zu den Begünstigten verwehrt wird und sie nicht mehr in der Lage sind, unmittelbare Hilfe an Notleidende zu leisten.

Verfechter des *New Humanitarianism* entgegnen, dass besagter Deal vielerorts sowieso keinen Bestand mehr habe. Nicht zuletzt der im Oktober 2003 in Bagdad verübte Anschlag auf das Büro des IKRK – die neutrale und unparteiliche Organisation *par excellence* – habe die „puristische“ Grundhaltung als offensichtlich nutzlos entlarvt. Darüber hinaus könne Nothilfe ohne politisches Engagement nie mehr als reine Symptombekämpfung sein. Die tieferen Ursachen der Not bleiben unangetastet und apolitische Hilfe könne den Verursachern jener Not gar in die Hand spielen.

Diese Kritikpunkte sowie die Überzeugung, dass die Helfer ihre Aktionen auf eine langfristige,

nachhaltige Verbesserung der Lebensumstände ausrichten müssen, um im bestmöglichen Interesse der Notleidenden zu handeln, haben dazu geführt, dass viele Hilfswerke auch politische Ziele im Rahmen ihres humanitären Engagements verfolgen. Der Eintritt für Menschenrechte, Offenheit gegenüber „humanitären Militärinterventionen“ oder der Wunsch nach Kohärenz zwischen politischen und humanitären Bestrebungen sind nur einige der Ausdrucksformen einer politisierten Hilfe. Gegner des *New Humanitarianism* warnen allerdings davor, dass der Neutralitäts- und Unparteilichkeitsanspruch der Helfer zur Farce verkomme und dadurch langfristig humanitäre Hilfe unmöglich werde. Darüber hinaus zeuge die Abkehr von diesen humanitären Prinzipien – so die Kritiker – von einem menschenverachtenden Zynismus. Humanitäre Organisationen können und dürfen nicht zu Richtern werden, die aufgrund politischer Erwägungen über Leben und Tod Not leidender Menschen entscheiden.

Humanitäre Organisationen befinden sich in einer Zwickmühle: Sollen sie sich darauf konzentrieren, unmittelbare Not zu lindern und die Ursachenbekämpfung den politischen Akteuren zu überlassen oder sollen sie eine nachhaltige politische Veränderung der betroffenen Gesellschaft anstreben indem sie zum Beispiel Menschenrechtsanliegen in ihre humanitären Aktivitäten integrieren, dafür aber das Risiko eingehen, keine unmittelbare Nothilfe leisten zu können? Eine einfache Antwort lässt sich nicht finden.

## Humanitäre Hilfe bleibt eine Notwendigkeit

Die vier aufgezeigten Spannungsfelder sollen nicht darüber hinwegtäuschen: Humanitäre Hilfe ist und bleibt eine Notwendigkeit! Der kritische Umgang mit den genannten Herausforderungen ebenso. Es gehört zu den Pflichtaufgaben eines professionellen Hilfswerkes, sich den Spannungsfeldern in denen es sich bewegt, bewusst zu werden. Auch wenn es keine Patentlösung gibt im Bezug auf den Umgang damit, so ist es doch die Aufgabe einer jeden humanitär tätigen Organisation, ihren Weg aus diesen Spannungsfeldern zu finden.

Caritas Luxemburg hat dies in Zusammenarbeit mit Caritas Schweiz im Rahmen der Studie *Hilfe in Not. Politische Spannungsfelder der humanitären Hilfe* getan. Basierend auf ihrer jahrelangen Erfahrung und ihrer Arbeit in allen oben genannten Krisenregionen hat die Caritas die sieben dringendsten Herausforderungen analysiert. Sie hat die Ziele ihres humanitären Engagements definiert, die Bedingungen festgelegt unter denen sie humanitär tätig wird und sich klare Grundsätze gegeben zum Umgang mit den genannten Spannungsfeldern. Darüber hinaus stellt sie Forderungen im Bezug zur humanitären Hilfe an die luxemburgische und europäische Politik.

Wenn Sie Hilfe in Not. Politische Spannungsfelder der humanitären Hilfe in deutscher Sprache bestellen wollen, überweisen Sie bitte 16,40 Euro (Luxemburg) oder 17,50 Euro (Ausland) auf das Postscheckkonto CCPL IBAN LU26 1111 0202 0024 0000 der Fondation Caritas Luxembourg mit dem Betreff „Caritas-Verlag: Hilfe in Not“. Falls Sie die Veröffentlichung in französischer oder englischer Sprache bestellen möchten, geben Sie bitte den Betreff „Editions Caritas: Défis humanitaires“ bzw. „Caritas Publications: Humanitarian Challenges“ an.